

Mehr Schein als Sein

Wahlen vietnamesischer Art

von
Laura Faludi

Die Wahlen der 14. Nationalversammlung und der lokalen Volksräte vollzogen sich am 22. Mai 2016 ohne besondere deutliche Aufmerksamkeit von Seiten der internationalen Presse. Es ist kein Wunder, denn die allgemeinen Rahmenbedingungen und das Ergebnis verändern sich seit Jahrzehnten kaum: Neben 99 Prozent Wahlbeteiligung gewinnt die *Kommunistische Partei Vietnams* (KPV) die überwältigende Mehrheit der Sitze (dieses Mal 475 aus 496). Die hohe Wahlbeteiligung ist kein besonderer Erfolg und zeigt nicht den partizipatorischen Eifer der WählerInnen, sondern ist Ursache der Gesetzeslage: die Teilnahme ist Pflicht jedes/jeder vietnamesischen BürgerIn. Dennoch nimmt ein Großteil der Stimmberechtigten nie persönlich an einer Wahl teil. Familienmitglieder stimmen oft für eine Reihe von Verwandten ab, um die klaffende Lücke zwischen Pflicht und echtem Interesse auszufüllen. Was den Wettbewerb zwischen den KandidatInnen angeht, ist die Formel genauso einfach. Seitdem die ersten Wahlen im April 1976 durchgeführt wurden, ist die *Vietnamesische Vaterlandsfront* (*Mat trân tôn quốc*) für die Aufstellung der Kandidatenliste zuständig. Die *Vaterlandsfront* gilt als Vertreter der Massen und ihre Billigung ist für die Kandidatur jedes/jeder potenziellen Abgeordneten erforderlich; in der Praxis dominieren jedoch die Kandidaten der KPV. Unter dem Schirm der *Vaterlandsfront* kandidieren einige »Unabhängige«, deren Unabhängigkeit sich möglicherweise in einer fehlenden Parteimitgliedschaft manifestiert, aber nicht in der Freiheit von Parteieinfluss. Das Wahlgesetz der Verfassung 1992 ermöglicht theoretisch die Kandidatur »echter« unabhängiger Anwärter: jede/jeder vietnamesische/r Staatsbürger oder Staatsbürgerin, der sein/ihr 21. Lebensjahr vollendet hat, kann sich, ohne Rücksicht auf Ethnizität, Geschlecht, soziale Stellung, religiöse Ansichten, Bildungsniveau, berufliche Tätigkeiten oder Aufenthaltsdauer, zur Wahl stellen – oder es zumindest versuchen. Die meisten selbst ernannten KandidatInnen bestanden die Vorauswahl der *Vaterlandsfront* nicht, vornehmlich, wenn sie eine kritische Haltung gegenüber der Regierung einnahmen. Dieses Schicksal ereilte in der Vergangenheit unter anderem den Demokratieaktivisten Le Quoc Quan sowie Le Cong Dinh (ein scharfer Kritiker der zentralvietnamesischen Bauxitbergbau-Projekte) und den Rechtsanwalt Cu Huy Ha Vu. Alle drei wurden später für verschiedene Zeiträume wegen subversiver Aktivitäten verhaftet. Die unabhängigen KandidatInnen der diesjährigen Wahlen kamen im Vergleich »glimpflich« davon.

Das Sichere noch sicherer machen

Bei den Wahlen für die 14. Nationalversammlung kandidierten offiziell 162 Personen (von 870) als Unabhängige, aber nur zwei Dutzend selbst-nominierte AktivistInnen kamen über die Vorauswahl. »Nur« zu sagen führt allerdings auf die falsche Fährte: Es ist die höchste Zahl an Unabhängigen, die es jemals gab. Die zum Schluss zugelassenen 12 Nicht-Mitglieder der KPV sind »scheinbar keine selbst-nominierten KandidatInnen, sondern wurden einfach eingeschleust, um eine Fassade der Pluralität zu aufzubauen« kritisiert Dr. Nguyen Quang A., einer der abgelehnten Kandidaten. Die offizielle Erklärung verwies auf Unregelmäßigkeiten in der geographischen Verteilung; damit wurde der Ausschluss begründet. Der renommierte Geschäftsmann, Akademiker und Aktivist war nicht der einzige Anwärter mit hohem Bekanntheitsgrad. Mit Abstand die beliebteste Kandidatin ist Sängerin Mai Khoi. Die »vietnamesische Lady Gaga« ist als freimütige Kritikerin von Korruption, Geschlechterungleichheit und Einschränkungen künstlerischer Freiheit bekannt. Selbstverständlich wurde ihre Kandidatur auch abgelehnt. Allerdings weckte ihre Präsenz

Die Autorin studierte Südostasienwissenschaften (mit Schwerpunkt Vietnam) und Friedensforschung/Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Aufmunternde Plakate: Vorbild Ho Chi Minh. Foto: Genia Findeisen



Die KPV steht
über allem.
Foto: Genia
Findeisen



und Social Media-Kampagne das Interesse vieler enttäuschter Jugendlicher. Mehr Interesse der jüngeren Generation und der breiteren Öffentlichkeit ist genau das, was dieses Verfahren braucht. Trotz inflationärem Gebrauch ermutigender Plakate, durchgängig schmetternder Lautsprecher und übermäßiger Medienberichterstattung bleibt die Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung unberührt, eben gleichgültig. Oder vielleicht gerade deswegen: In den vergangenen Jahrzehnten lernten die Menschen, mit dem Unveränderlichen zu leben, und es mit der Zeit zu ignorieren. Als ob die Kontrolle der KandidatInnen und ihres Auswahlverfahrens noch nicht der sichere Weg zum Erfolg wäre, greift die Partei weiter in den Wahl-Ablauf ein. Obwohl mehrere AktivistInnen auf ihren Social Media-Seiten berichteten, dass sie aus Protest eine ungültige Stimme abgaben, kamen die offiziellen Wahlergebnisse immer mit dem Ergebnis von 100 Prozent gültigen Stimmen heraus. Bei 67 Million Wahlberechtigten und einer 99 prozentigen Beteiligungsrate scheint dies nicht realistisch. Wahlbeobachter berichteten von manipulierten Stimmzetteln und das Volkskomitee der Stadt Da Nang schloss die Öffentlichkeit gar aus der Stimmauszählung komplett aus. Einige Universitäten in der Hauptstadt Hanoi gaben einen Aufruf heraus, der folgende Drohung enthielt: StudentInnen, die an den Wahlen nicht teilnehmen (oder die Teilnahme nicht nachweisen können), müssen mit einem Abzug oder mit der Löschung ihrer Noten rechnen. Vereinzelter Stimmenkauf oder Bedrohung und Einschüchterung unabhängiger AnwärterInnen sind dabei noch nicht

erwähnt. Aber warum so viel Mühe, wenn die Wahlen eigentlich niemanden interessieren – oder doch?

Der Teufel selbst

Die Aufregung um die Kandidatur von Mai Khoi zeigt, dass vietnamesische Jugendliche aus dem langen Winterschlaf aufwachen könnten, wenn jemand ihre Aufmerksamkeit erregt und sie überzeugt sind, dass ihre Meinung vertreten wird. Der letzte Beweis dafür ist die landesweite Protestbewegung, die nach dem massiven Fischsterben in Zentralvietnam ausgelöst wurde. Eine ähnliche Welle von Mobilisierung folgte dem extensiven Baumfällen in Hanoi im letzten Jahr. Öffentliche Empörung gegen Umweltverschmutzung scheint ein Thema zu sein, bei dem die Partei Schwierigkeiten hat, aufgebrachte Bürger zu beruhigen ohne ihrer eigenen Rhetorik zum Schutz des Vaterlandes zu schaden. Es hindert sie aber nicht daran, die Oppositionspartei Viet Tan, die in Kalifornien sitzt, der Finanzierung des ganzen Unternehmens zu beschuldigen. Unabhängig davon, ob die DemonstrantInnen von ihr unterstützt werden oder nicht, sind diese Praxisübungen von demokratischen Rechten überschaubar; sie flammen auf, bevor sie von den Behörden zerschmettert werden, manchmal begleitet von einer kleinen Entschuldigung. Die Menschen brauchen mehr, um »aufzuwachen«, Kenntnisse über Social Media erleichtern die Selbstorganisation. Die KPV weiß das – deswegen versucht, sie ihren Griff zu halten.